



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ergebnis der bayerischen Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Ergebnis der bayerischen Wahlen.

Die am 29. April vollzogenen Wahlen zum bayerischen Abgeordnetenhaus sind nicht ganz so günstig für die Fortschrittspartei ausgefallen, wie man nach den rühmlichen Anstrengungen der letztern und nach dem Ergebnis der acht Tage früher vorgenommenen Urwahlen gewärtigen mochte. Die vier Wahlen in Augsburg, die drei in Donauwörth, die drei in Schweinfurt und die drei in Kronach hoffte man mit größerer oder geringerer Sicherheit in Anspruch nehmen zu können, während sie jetzt sämtlich den Gegnern anheimgefallen sind. Dagegen ist nur Erlangen mit drei Sigen und einer von den vier Sigen Hofß wider anfängliches Erwarten für die Fortschrittspartei erobert worden, deren Halt im diesseitigen Bayern sich demnach so ziemlich auf Mittelfranken oder die Gegend um Nürnberg herum und auf das obere, dem Bodensee zugewandte Schwaben (die Wahlbezirke Memmingen, Kaufbeuren und Immenstadt) beschränkt. Längs des Mains hat sie augenblicklich keinen rechten Boden, wie der Verlust von Schweinfurt und Kronach darthut. Desto klarer ergibt sich freilich, daß sie kein vom Auslande her importirtes, sondern ein mitten im Lande selbst ersproßtes Gewächs ist.

Ungleich erfreulicher im Verhältniß zu den vorher angestellten Berechnungen ist der Ausgang der pfälzischen Wahlen. Hier scheint bloß eine einzige Stimme unter neunzehn einem nicht ganz zuverlässigen Liberalen anzugehören, während kein einziges Mitglied der bisherigen servilen Mehrheit wieder gewählt worden ist. Und was mehr ist, die Wahl ist in einem Geiste vor sich gegangen, der ein ungleich innigeres Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, als sich hoffen ließ, in Aussicht stellt. Nicht nur daß ein und das andere Mitglied der Fortschrittspartei — z. B. der Gutbesitzer Jordan in Deidesheim, Schwager des verstorbenen Buhl — unter den Gewählten ist: in dem wichtigsten Wahlkreis, Neustadt-Landau, ist von der Mehrzahl der Wahlmänner den vier

Abgeordneten geradezu aufgegeben worden, sich der Fortschrittspartei anzuschließen. Da zu diesen vier neben Jordan die beiden Hauptwortführer des pfälzischen Liberalismus gehören, Umbtscheiden und Christmann, so hat jener Vorgang seine Bedeutung für die ganze Pfalz. Das liberale Localblatt der Provinz, der in Ludwigshafen erscheinende Pfälzer Curier, unterläßt zwar nicht seine vor den Wahlen gespielte zweideutige Rolle fortzusetzen, indem er den Gewählten empfiehlt, vor allen Dingen als eine geschlossene pfälzische Partei in München aufzutreten, allein der Particularismus hat heutzutage Wind und Wetter gegen sich, und die natürliche Schwerkraft der Dinge wird wohl dafür sorgen, daß die beiden Hauptbestandtheile der Minderheit in der Regel wenigstens der Mehrheit gegenüber geschlossen auftreten. Eine Persönlichkeit, die diesen Proceß aufhalten könnte, der Statistiker und Redacteur Kolb in Frankfurt — einst „von Speier“ zubenannt — hat es in seiner heimischen Provinz nur bis zum Ersatzmann gebracht und wird voraussichtlich vorerst nicht in die Kammer gelangen.

Eine dritte Gruppe unabhängiger Liberaler bilden mehre der in Niederbayern gewählten Männer, wie der Buchhändler Waldbauer in Passau, der Gastwirth Föderer in Bilsbosen und der Landwirth Urban in Bilsbiburg nebst ihrem Anhang. Diese werden nicht durch Dick und Dünn, aber doch in manchen Fragen mit der Fortschrittspartei zusammengehen. Große Ereignisse könnten sogar sie nicht minder als die achtzehn Pfälzer mit derselben in Eins verschmelzen. Ueber sechzig bis siebzig Stimmen unter anderthalbhundert verfügend, wäre die liberale Minderheit dann eine Opposition, mit welcher Regierung und Mehrheit nicht so leicht fertig werden würden.

Ohne die extreme Ungunst der Ereignisse wäre schon diesmal der Wahlkampf glücklicher verlaufen. Aber was die Fortschrittspartei unterscheidet, ihre nationale Gesinnung und Tendenz, erschwerte ihr den Sieg selbst auf sonst günstigem Boden, statt ihn zu erleichtern. Ihre Redner waren nicht im Stande, auf errungene oder in sicherer Aussicht stehende Triumphe der von ihnen vertretenen Idee hinzuweisen. Sie konnten kaum behaupten, daß ihr deutsches Programm zuverlässlich die schwere Probe aushalten werde, welcher es gegenwärtig unterworfen wird. Sie mußten also mehr ein allgemeines Vertrauen zu ihrer persönlichen Einsicht und Willenskraft als den Glauben an einen gewissen klar bezeichneten Weg der vaterländischen Entwicklung in Anspruch nehmen. Im Innern fehlte es an großen weitverbreiteten und durchgängig empfundenen Beschwerden, welche die Herzen auf ihre Seite hätten bringen können. Nur die Furcht vor möglichen zukünftigen Uebeln, nicht der Unmuth über bestehende, stritt für sie — ein schwacher Antrieb für die große Mehrzahl der Menschen. Unter diesen Umständen ist es fast ein Wunder zu

nennen, daß ihre Zahl in der nächsten Kammer auch ohne die Pfälzer und Niederbayern beinahe verdoppelt sein wird, und nur durch das aufgewandte Maß von Energie und Takt zu erklären.

Auch der deutsch-französische Handelsvertrag und der an ihn geknüpfte Bestand des Zollvereins war für die Fortschrittspartei weniger ein Kampfmittel, als eine Quelle von Verlegenheiten. Die drohende Auflösung des Zollverbands steht noch nicht nahe genug in Aussicht, um die Gemüther schon im Tiefsten aufzuregen; und die preussische Politik ist jetzt so beschaffen, daß Niemand vollkommen gewiß sein kann, ob sie selbst nur in dieser ernstesten und nüchternen Angelegenheit zwei Jahre lang sich selber treu bleiben wird. Sie demüthigt sich in diesem Augenblicke vor dem schwergekränkten Oestreich: wie, wenn Oestreich auf dem Opfer des Handelsvertrags bestände? und wenn Preußen, um den Schatten der heiligen Allianz zu erhaschen, den handelspolitischen Fortschritt à la Mops ins Wasser fallen ließe? Dieses Aeußerste von Selbstentäußerung ist natürlich noch abzuwarten, aber eine Ahnung, daß es so kommen könne, mußte sich unwillkürlich aufdringen, und schlug die Freunde des Handelsvertrags mit Lähmung. Unbedingt werden sich im Augenblicke wohl nur einige Pfälzer für denselben erklären; und auch bedingter Maßen kann er nur dann auf Annahme rechnen, wenn Preußen zuvor den verlorenen Ruf der Loyalität und interessmäßigen Consequenz wiederherstellt.

Ob die großdeutsche Mehrheit sich zu einem oder zwei Clubs sammeln wird, bleibt abzuwarten. Ein unterrichteter Beobachter nahm kurz vor den Urwahlen an, es werde sich unter Lerchenfeld eine gemäßigtere und unter Weis eine äußerste Rechte bilden. Die letztere dieser beiden einflussreichen Persönlichkeiten hat bei der Wahl in München indessen eine Rolle gespielt, welche sie vielleicht verführt, sich im Liberalismus keinen andern Großdeutschen von der strikten Observanz zuvorkommen zu lassen. Als Präsident des münchener Reformvereins hatte Dr. Weis ein strenges und scharfes Regiment geführt, die sanfte Opposition des Professor Bözl nicht aufkommen lassen, zu dem allgemeinen deutschen Reformverein gewissermaßen die Stellung eines Vormundes eingenommen. Dies verletzte und verwunderte um so mehr, als er bekanntlich vor fünf bis sechs Jahren der der Regierung mißliebige Abgeordnete war, dessen Wahl zum Vicepräsidenten die Auflösung des Hauses herbeiführte, und dessen Wahl zum Präsidenten nach den Neuwahlen dann den Sturz des Ministeriums Pfordten-Reigersberg nach sich zog. Aber wenn Herr Dr. Weis jetzt wieder nach kurzem liberalen Zwischenspiel reactionäre Saiten aufzieht, so kehrt er nur zu gewissen „bedenklichen Antecedentien“ zurück, die ihm selbst der großdeutsche Nürnberger Correspondent zuerkennt. Es war daher gar nicht unglaublich, wenn das Gerücht ihm Absichten auf das Portefeuille der Justiz in einem abermaligen Reactionsministerium beimaß. An diesem Gerücht soll nichts

Substantielles sein; aber es hat doch mitgewirkt, um den ehrgeizigen Ministerialrath als Wahlmann durchfallen und ihn als Abgeordneten weniger Stimmen als Professor Bözl, den Führer der Minderheit im münchener Reformverein, erlangen zu lassen. Inzwischen ist er in Dillingen ebenfalls gewählt; Freiherr v. Lerchenfeld aber nicht weniger als fünfmal, ein Zeichen festgegründeter Popularität. Trennen sich die Beiden, so wird diesem leidenschaftlichen und überzeugten Großdeutschen jedenfalls der größere Anhang folgen, aber wie gesagt, es ist nicht unmöglich, daß Dr. Weis den Freiherrn v. Lerchenfeld im Wettlauf des Liberalismus jetzt um eine Nasenlänge hinter sich zurükläßt.

Das ultramontane Element wird der Mehrheit inskünftige schwerlich schwächer beigemischt sein als bisher. Es gab indessen doch selbst in Oberbayern Wahlkreise, in denen der Ruf: „Keine Geistliche mehr“ sich als eine Macht erwies. Das erfuhr der scurrile Kapuziner Professor Sepp, als er in Weilheim versuchte den Dr. Jörg durchzubringen, den Redacteur der von Görres gegründeten historisch-politischen Blätter. In Niederbayern ist auch früher selten ein Geistlicher aus der Urne hervorgegangen, und ebensowenig ein Beamter. An der Verminderung der letzteren Art von Abgeordneten hat die Pfalz diesmal den stärksten Antheil genommen. Ihre Wahl ist gleichbedeutend mit einem bündigen und einhelligen Verdammungsurtheil über den Pascha, welchen man ihr gesetzt hat, den Regierungspräsidenten v. Hohe, dessen Tage in Speyer nun hoffentlich gezählt sind.

Unter den frischen Kräften, welche die Fortschrittspartei gewonnen hat, ist Professor Hofmann aus Erlangen hervorzuheben, der berühmte Theologe und Redner. Da er sich unbedingt zu dem Programm der Fortschrittspartei bekannt hat, so ist er ein weiteres Beispiel für die starke und allgemeine Strömung, welche seit einigen Jahren wahrhaft fromme, ja strenggläubige Männer in die Reihen des kämpfenden Liberalismus geführt hat. Dem großdeutschen Consistorialpräsidenten v. Harleß tritt damit in seinem bisherigen Freunde ein vollkommen ebenbürtiger Gegner gegenüber, und die kirchliche Fortschrittspartei wird wohl durch Hofmann nun auch in das rechtsrheinische Bayern verpflanzt werden.

Von den alten Führern der Fortschrittspartei ist keiner ungewählt geblieben. Bölk und Barth haben sich sogar unter Doppelwahlen zu entscheiden. Für Brater und Krämer hat von sämmtlichen Wahlmännern Nürnbergs nur Einer nicht gestimmt — ein etwas kümmerlicher Erfolg für all den reinen und schmutzigen Eifer, der gegen sie aufgewendet worden war. Innerlich gestärkt, von einer namhaft vermehrten Partei umgeben und auf zuverlässige Freunde fast in allen Provinzen des Landes gestützt, werden sie in der Kammer ihren Stand einnehmen, ohne unmittelbaren Einfluß auf die Regierung und von der

Mehrheit vorausichtlich oft überstimmt, aber stark durch das Bewußtsein, im Einklang mit den stärksten und geschlossensten unter den vaterländischen Parteien für Deutschlands Zukunft zu wirken.

Zur Beleuchtung der reactionären Aera in Mecklenburg-Schwerin.

1.

Man erzählt von einem Professor der Staatswissenschaft zu Rostock, der aus Preußen dorthin berufen war, er habe zu Anfang einer Vorlesung seinen Zuhörern Aussicht gemacht, daß er im Laufe derselben dem mecklenburgischen Finanz- und Steuerwesen eine ganz besondere Rücksicht schenken werde, sei aber schließlich zu dem Bekenntniß genöthigt gewesen, daß es ihm ungeachtet aller aufgewandten Mühe nicht habe gelingen wollen, diesen schwierigen Gegenstand zu durchdringen. Dieses Bekenntniß eines Mannes, dem es an geistiger Begabung durchaus nicht mangelte, ist sehr bezeichnend für die Abnormität der politischen Formen und Einrichtungen, welche der Feudalismus in diesem Lande aus längst vergangenen Tagen in die ringsum völlig veränderte Gegenwart hinein zu retten gewußt hat. Mecklenburg mit seinen Ritters und Bürgermeistern, in welchen die Landesvertretung in der Summe der durch sie repräsentirten Sonderinteressen sich darstellt, mit seinen beiden Souveränen (zu Schwerin und Neustrelitz), die doch wieder durch die Einheit der Landesvertretung von einander abhängig sind, mit seinem Absolutismus im Domanium und seinen vielen kleinen Land- und Stadttyrannen, vor deren Gebieten die landesherrliche Macht sich auf ihre Schranken besinnen muß, mit seiner Seestadt Rostock, die fast einen Staat im Staate bildet und selbst Hoheitsrechte übt, wie das Recht der Begnadigung und das Münzrecht, mit seiner Seestadt Wismar, welche von der Krone Schweden nur pfandweise an Mecklenburg wieder überlassen ist und außerhalb des landständischen Verbandes steht, mit seinem Fürstenthum Rügen, welches nur durch Personalunion mit Mecklenburg zusammenhängt und nun schon über fünfzig Jahre lang auf die landständische Verfassung wartet, welche der dreizehnte Artikel der deutschen